



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

„Scheitert der Euro, scheitert Europa!“

Bundestag und Bundesrat stimmen für Stabilisierung des Euro

Der Deutsche Bundestag hat heute mehrheitlich dem Euro-Stabilisierungspaket zugestimmt. Den Beratungen war eine Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel vorangegangen, in der sie eindringlich für das milliardenschwere Rettungspaket für den Euro warb.

In ihrer Rede stellte die Bundeskanzlerin selbstkritisch fest, dass auch Deutschland in den letzten 40 Jahren über seine Verhältnisse gelebt habe, weil die Staatsausgaben nur durch immer höhere Schulden gedeckt werden konnten. Staatsverschuldung sei daher nicht nur ein Problem Griechenlands, sondern aller EU-Staaten. „Langfristige Stabilität ist ohne gesunde Staatsfinanzen undenkbar. So einfach ist das“, so die Kanzlerin. Sie sprach sich für eine umfassende Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes aus und nannte die im Jahr 2004 von der rot-grünen Bundesregierung betriebene Lockerung des Euro-Stabilitätspaktes einen "großen Fehler".

In der sich anschließenden Debatte appellierte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an die SPD, Verantwortung für die Stabilität des Euro zu übernehmen. Der Euro sei nicht der Euro der Regierungskoalition, sondern die Währung unseres Landes, sagte Kauder. Der Bundestag müsse gemeinsam die Herausforderungen annehmen, da es hier um eine nationale Verantwortung und nicht um parteipolitische Interessen gehe. Eine wirkliche Alternative zu den Gesetzentwürfen der Koalition für die in Rede stehenden Garantien sah Kauder nicht.

Wie sehen die von den Koalitionsfraktionen beschlossenen Maßnahmen zur Eurostabilisierung

konkret aus: Künftig wird es möglich sein, Euro-Staaten finanziellen Beistand zu gewähren, wenn diese durch außergewöhnliche Ereignisse ernstlich von der Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. Hierfür stehen sowohl 60 Mrd. Euro seitens der EU-Kommission als auch bis zu 440 Mrd. Euro an bilateralen Hilfen der Euro-Staaten zur Verfügung. Auf Deutschland entfällt damit ein maximaler Bürgschaftsbeitrag von 147,6 Milliarden Euro. Voraussetzung für die Übernahme der Gewährleistung ist sowohl ein einstimmiger Beschluss aller Euro-Staaten als auch ein umfassendes Konsolidierungsprogramm, das der betroffene Staat zuvor mit dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission unter Mitwirkung der Europäischen Zentralbank vereinbart haben muss. Darüber hinaus wird sich auch der Internationale Währungsfonds mit 220 Milliarden Euro am Rettungsschirm für den Euro beteiligen.

Als zwingende Konsequenz aus der Krise wird die Koalition den unter Rot-Grün ausgehöhlt und geschwächten Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder stärken. Die Europäische Kommission hat hierzu in der vergangenen Woche Vorschläge unterbreitet, die in die richtige Richtung führen. Zudem wird sich die Bundesregierung auf globaler und europäischer Ebene dafür einsetzen, Banken und Anlagefonds durch eine Finanztransaktionssteuer dauerhaft an den Kosten der Krise zu beteiligen. Die Bundeskanzlerin hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um eine Frage der Gerechtigkeit handele, weil die Menschen in ganz Europa erwarten, dass die Finanzinstitute an den Kosten der Krise beteiligt werden.

Neue Struktur für den Zivildienst

Die Bundesregierung hat in dieser Woche ihr Konzept zur Reform des Zivildienstes vorgestellt. Demnach kann der im Rahmen der Wehrzeitverkürzung auf sechs Monate reduzierte Zivildienst freiwillig um bis zu sechs weitere Monate verlängert werden. Dadurch können den Zivildienstleistenden auch künftig anspruchsvollere Tätigkeiten übertragen werden, für die eine längere Einarbeitung notwendig wird. Mit dem neuen Konzept konnte sich Bundesfamilienministerin Schröder gegen die anfänglichen Bedenken der FDP durchsetzen.

Gute Aussichten für Schulabgänger – trotz Krise!

Die Aussichten für Schulabgänger, eine Lehrstelle zu bekommen, bleiben gut – trotz Krise. Bereits in den letzten beiden Jahren gab es am Ende mehr offene Lehrstellen als unversorgte Bewerber. Zwar ist zu erwarten, dass das Ausbildungsangebot 2010 leicht zurückgehen wird. Wegen gleichzeitig stark sinkender Schulabgängerzahlen fällt der Rückgang für die Bewerber allerdings weniger ins Gewicht. Wer hinsichtlich des Ausbildungsberufs halbwegs flexibel, örtlich halbwegs mobil ist und außerdem noch halbwegs ordentliche Schulnoten hat, hat 2010 beste Aussichten auf eine Lehrstelle - egal ob Haupt-, Gesamt-, Realschüler oder Gymnasiast. Aber auch denjenigen, die das nötige Qualifikationsniveau noch nicht erreicht haben, wird geholfen. Jeder erhält ein Qualifizierungsangebot, das ihn so schnell wie individuell möglich in eine Ausbildung bringen soll.

Zahl der Insolvenzen steigt nicht wie befürchtet

Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise rechneten die Experten mit einem drastischen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen. Tatsächlich mussten im vergangenen Jahr rund 33.000 Unternehmen ihre Tätigkeit einstellen. Das sind 12 % mehr als in 2008. Damit fiel die Zunahme zwar deutlich, nicht aber – wie zunächst befürchtet – verheerend aus. Der Höchststand aus dem Rezessionsjahr 2003 mit fast 40.000 Insolvenzen wurde deutlich unterschritten.

Wachstumsstrategie „Europa 2020“

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union wollen auf dem Europäischen Rat im Juni in Brüssel die neue Strategie „Europa 2020“ beschlie-

ßen. Diese soll die Volkswirtschaften der Europäischen Union zu einem intelligenten und nachhaltigen Wachstum für bessere Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt befähigen. Die Koalitionsfraktionen befürworten den neuen Ansatz, unterstützen aber zugleich die kritische Haltung der Bundesregierung zu einzelnen Zielen und Indikatoren. Wichtig ist jetzt, aus den Schwächen der Vorgänger-Strategie zu lernen und das neue Konzept erfolgreicher zu machen.

Deutschland als Forschungsstandort Spitze

Deutschland steht als Forschungsstandort an der Spitze. Deshalb bekennt sich diese christlich-liberale Regierung zum "Drei-Prozent-Ziel" und wird bis 2013 zwölf Mrd. Euro mehr für Bildung und Forschung investieren. Es gibt keine Alternative zu einer Politik, die auf Forschung, Entwicklung und Innovationen setzt. Staat und Wirtschaft in Deutschland investieren kräftig in Forschung und Entwicklung. Die absoluten Zahlen zeigen: Wir liegen bei den FuE-Ausgaben auf Platz vier der Weltrangliste. Im OECD-Raum besetzt Deutschland Platz drei und liegt dabei deutlich vor Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden und Spanien. Die Hightech-Strategie, der Pakt für Forschung und Innovation, die Exzellenzinitiative und letztlich auch der Hochschulpakt zeigen deutliche Wirkungen auf das gesamte Innovations-system.

Deutscher Export auf dem Sprung aus der Krise.

Der klare Aufwärtstrend bei den deutschen Exporten hat sich im März eindrucksvoll fortgesetzt. Insgesamt wurden von Deutschland im März 2010 Waren im Wert von 85,6 Mrd. Euro ausgeführt. Die deutschen Ausfuhren waren damit im März 2010 um 23,3 % höher als im März des Vorjahres. Die Werte aus dem Rekordjahr 2008 sind damit wieder in Sicht. Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Exporte gegenüber Februar 2010 um 10,7 % zu. In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden im März Waren im Wert von 51,4 Mrd. Euro versandt. Die Warenexporte in die Länder außerhalb der Europäischen Union stiegen mit 34,7 % überdurchschnittlich stark und erreichten im selben Zeitraum einen Wert von 34,2 Mrd. Euro.